



Prof. Dr. Stefan Jost ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien und apl. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier.

STIMMUNGSBAROMETER FÜR DIE PARTEIEN DER „NATIONALEN EINHEIT“ UND PRÄSIDENT SANTOS

ERGEBNISSE DER REGIONAL- UND KOMMUNAL- WAHLEN IN KOLUMBIEN

Stefan Jost

Kolumbien bündelt seine verschiedenen Wahlen in zwei aufeinander folgenden Jahren. So fanden im März 2010 die Kongress- und im Mai 2010 die Präsidentschaftswahlen statt, und im Oktober 2011 wurden die Regional- und Kommunalwahlen durchgeführt. Knapp über 30 Millionen Kolumbianer waren aufgerufen, über die Besetzung von weit über 18.000 Positionen zu entscheiden, für die sich über 100.000 Kandidaten bewarben. Gewählt wurden 1.102 Bürgermeister, mehrere tausend Stadtteilbürgermeister, 12.063 Gemeinderäte sowie alle Gouverneure und sämtliche 418 Abgeordnete in den Parlamenten der 32 Departments.¹ Der Ausgang der Wahlen 2011 war für alle Parteien von einer über die eigentlichen Wahlen hinausgehenden Bedeutung. Nach knapp 15 Monaten der Regierung der „Unidad Nacional“ (Nationale Einheit) von Staatspräsident Juan Manuel Santos wurde von diesen Wahlen ein erstes landesweites Stimmungsbarometer über die Akzeptanz der Regierung und der politischen Parteien erwartet. Zum anderen determinieren diese Wahlen aber auch die kommunale und regionale Machtverteilung für die nächsten vier Jahre und damit zumindest mittelbar auch die strategischen Ausgangspositionen für die Kongress- und Präsidentschaftswahlen im Jahre 2014.

1 | Die Zahl der Wahlberechtigten differiert nach Wahlebene, so werden bspw. in Bogotá kein Gouverneur und kein Regionalparlament und je nach lokaler Struktur nicht überall Stadtteilbürgermeister gewählt.

DER VORWAHLKONTEXT – DIE POLITISCHEN PARTEIEN UND IHRE AUSGANGSPOSITIONEN

Diese Regional- und Kommunalwahlen fanden in einem sehr spezifischen Kontext statt. Nach seinem Amtsantritt im August 2010 bildete Santos eine aus vier nationalen Parteien bestehende Regierung der „Unidad Nacional“, der sich gegen Ende des ersten Regierungsjahres auch die kleine Partido Verde (PV)² anschloss. Santos verfügte damit über eine überwältigende Mehrheit im Zwei-Kammern-Kongress Kolumbiens (Abgeordnetenversammlung und Senat). Diese ermöglichte es ihm, trotz mancher überwiegend koalitionsinterner Auseinandersetzungen sein ambitioniertes Reformprogramm im Kongress weitgehend durchzubringen.³

Im August 2010 bildete Santos eine aus vier Parteien bestehende Regierung der „Unidad Nacional“. Santos verfügte damit über eine Mehrheit im Zwei-Kammern-Kongress Kolumbiens.

Die Parteienkonstellation der „Unidad Nacional“ spiegelte sich nicht in flächendeckend identischen Kandidaturen in den Regionen und Kommunen wider. Vielmehr kam es neben dominierenden selbständigen Parteikandidaturen zu einer Vielfalt von Koalitionskonstellationen. Dennoch war angesichts der hohen Zustimmungsrates von Santos in den Umfragen und des Umfangs dieser Mega-Koalition schwerlich ein Wahlergebnis vorstellbar, das nicht im Sinne der Regierung zu interpretieren gewesen wäre. Das Interesse konzentrierte sich daher von Beginn an auf das Abschneiden der verschiedenen Parteien der Regierungskoalition und des verbliebenen Rests der Opposition, vor allem des Linksbündnisses POLO, sowie auf die Konkurrenz zu den politischen Parteien. Diese *movimientos*, in der Sprache der Wahlbehörde *grupos significativos*, sind Organisationen, die nur zum Zwecke dieser konkreten Wahl gebildet wurden und sich ihre Kandidatur durch das Sammeln von Unterschriften ermöglichten.

Das als sehr effektiv zu bezeichnende Regierungsmanagement der ersten Regierungsphase ist im Wesentlichen drei Faktoren zu verdanken. Zu nennen ist prioritär ein signifikant vertikal strukturierter Koalitionspräsidentalismus.

2 | Diese „Grüne Partei“ ist jedoch inhaltlich mit europäischen Parteien gleichen Namens nicht zu verwechseln.

3 | Zu Einzelheiten siehe Stefan Jost, „Von Uribe zu Santos: eine Zwischenbilanz der ‚Unidad Nacional‘ in Kolumbien“, in: *GIGA Focus*, Nr. 8, Hamburg, 2011.

Diese Vertikalität besteht zum einen in dem Gravitationszentrum Santos selbst, zum anderen in einem im Wesentlichen aus Santos und den Parteipräsidenten bestehenden Gremium, das die Entscheidungen fällt und dann die Koalitionsparteien und -fraktionen entsprechend instruiert.

Die Koalitionsparteien haben dem Präsidenten kaum etwas Eigenständiges entgegensetzen oder sind aus Gründen der partiellen Machtbeteiligung nicht bereit, im Falle divergierender Auffassungen die Koalition zu verlassen.

Der zweite Faktor ist der für die Abstimmung zwischen Regierung und Kongress verantwortliche Innenminister Vargas Lleras (CR), der wesentlichen Anteil daran hatte, die Kommissionen des Parlaments auf Regierungslinie zu bringen. Hinzu kommen die Koalitionsparteien selbst,

die programmatisch dem Präsidentenpalast kaum etwas Eigenständiges entgegensetzen haben oder aus Gründen der partiellen Machtbeteiligung nicht bereit sind, im Falle divergierender Auffassungen die Koalition zu verlassen. Dies erschwert die punktuelle Opposition gegen bestimmte Politiken und erleichtert die Vertikalität des Koalitionspräsidentalismus.

Das Problem und das damit verbundene Interesse am Ausgang dieser Wahlen bestanden nun darin, dass die darauf beruhende Stärke der Regierung insgesamt und die Santos als Person zukommende Anerkennung nicht allen Parteien gleichzeitig zugute kommen. Die Parteien werden anders wahrgenommen als zuvor, seit Santos im Amt ist. Dies liegt zum einen in der Existenz der „Unidad Nacional“ als solcher begründet. Stützte sich der Santos-Vorgänger Álvaro Uribe in seiner Regierungskoalition vor allem auf seine Partei, die „de la U“, und auf die Konservative Partei (PCC), so veränderte die Aufnahme der zwölf Jahre von der Regierung ausgeschlossenen Partido Liberal (PL) und die Aufnahme des im Streit aus der letzten Regierung Uribe geschiedenen Cambio Radical (CR) allein schon das bisherige Machtgefüge. Hinzu kam der der PL und dem CR seitens des Staatspräsidenten zugestandene Protagonismus. Nach einem überaus emotionalen Auftritt bei der PL musste Santos, der sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger in schöner Regelmäßigkeit als aus dem liberalen Lager stammend bezeichnet, sogar klarstellen, dass nach wie vor die „de la U“ seine Partei ist. Die „Unidad Nacional“ katapultierte die Liberalen in die erste Reihe der nationalen Politik zurück. Es hat sich die bereits bei der Auflage der „Unidad Nacional“ angestellte Vermutung bestätigt, dass

die Motivation zu dieser historisch in Kolumbien eher unüblichen Regierungsbildung neben der Sicherstellung einer breiten parlamentarischen Basis auch darin liegt, das liberale Lager aus PL, CR und überwiegenden Teilen der „de la U“ auch parteiorganisatorisch wieder zu vereinigen.⁴ Bereits Wochen vor den Regional- und Kommunalwahlen wurde diese Strategie offen diskutiert, mit großer Zustimmung bei PL und CR, mit unterschiedlichen Reaktionen in der „de la U“. Die PL beabsichtigte sogar, diese Frage zusätzlich zu den Wahlen als Referendum der Bevölkerung vorzulegen, was vom Wahlgerichtshof jedoch abgelehnt wurde. Dies ist letztlich eine Entscheidung der Parteien, zudem standen wohl vor allem Überlegungen im Vordergrund, durch dieses Referendum und die zu erwartende Beteiligung im Kontext der Wahlen die Parteikassen durch die Kostenerstattung pro Stimme aufzufüllen. Dieser der PL und dem CR eingeräumte Protagonismus konnte durch die personell sehr viel deutlichere Vertretung der „de la U“ und der PCC am Kabinetttisch interessanterweise nicht ausgeglichen werden.

Diese Situation führten nun die „de la U“ und die PCC in eine relativ schwierige Situation. Die Partei des Staatspräsidenten und die Partei, die Santos als erste ihre Unterstützung im zweiten Wahlgang des Präsidentschaftswahlkampfes zugesagt hatte, waren die Parteien, die sich am wenigsten in der Agenda der Regierung wiedererkannten und die in der Öffentlichkeit als die Kritiker des Staatspräsidenten und Teilen seiner Politik wahrgenommen wurden, während sich die Liberalen als die inhaltlich dominierenden und den Präsidenten vorbehaltlos unterstützenden Kräfte ausgaben. Dies und die ausgeprägt vertikale Form des Koalitionspräsidentialismus führten immer wieder zu kleineren Auseinandersetzungen in der „Unidad Nacional“, die Santos jedoch immer wieder einfangen und auf Linie bringen konnte.

Die „de la U“, die nach Aussage des ihr angehörnden Senatspräsidenten im ersten Regierungsjahr Santos weder eine Partei ist noch über eine Struktur oder ein Programm verfügt, war aufgrund der Tatsache, dass es sich um „ihren“ Präsidenten handelt, dominiert von ihrer Solidarität

zu Santos. Demgegenüber fand sich die unter Uribe nicht unbedingt verwöhnte, aber ernst genommene und zuverlässig behandelte Konservative Partei in einer anderen Situation. Teile der Partei fühlten sich von Santos inhaltlich verraten, angesichts der Megakoalition war die quantitative Machtbeteiligung im Verwaltungsapparat geringer und die Partei sah sich in einer Koalition mit dem historischen Gegner PL, der zudem zunehmend Oberwasser in der Koalition gewann. Die gegen eine Reihe konservativer Kongressmitglieder erhobenen Korruptionsvorwürfe wegen ihrer Aktivitäten unter der Regierung Uribe, was seitens der PCC als politisches Manöver von Innenminister Vargas Lleras bewertet wurde, taten ein Übriges, um die Koalitionsatmosphäre und die Chancen der PCC zu beeinträchtigen. Gleichzeitig sah sich die PCC in verschiedenen Regionen internen Streitigkeiten und Spaltungen in der jeweiligen Kandidatenfrage gegenüber, die die PCC gerade in traditionellen Hochburgen schwächten.

Obwohl kommunale und regionale Wahlen ihren eigenen Gesetzen und Einflussfaktoren unterliegen und nur begrenzt als Votum für die nationale Ebene gelten können, war unstrittig, dass mit diesen Wahlen auch Signale über die Perzeption der Parteien auf nationaler Ebene und ihrer Rolle und Wahrnehmung in der „Unidad Nacional“ verbunden sein würden.

„Opposition“ meint die Parteien und Gruppierungen, die nicht in der „Unidad Nacional“ vertreten sind, sich aber deshalb nicht unbedingt im Gegensatz zu ihr sehen.

Von einigen Splittergruppen der Opposition abgesehen stand das Linksbündnis POLO seit über einem Jahr im Mittelpunkt des Interesses – wobei „Opposition“ zunächst nur die Parteien und Gruppierungen meint, die nicht in der „Unidad Nacional“ vertreten sind, sich aber deshalb nicht unbedingt im Gegensatz zu ihr sehen. Hintergrund war der Korruptionsskandal der vom POLO in der zweiten Legislaturperiode geführten Hauptstadt Bogotá, der von Gustavo Petro, Präsidentschaftskandidat des POLO im Jahre 2010, danach massiv in die Öffentlichkeit getragen wurde und zur Verhaftung der beiden Brüder Moreno geführt hatte – der eine Bürgermeister von Bogotá, der andere Senator des POLO. Für den POLO bedeuteten diese Wahlen daher den Kampf ums schlichte politische Überleben.

Die großen trennenden Themen fehlten in diesem Wahlkampf. Es dominierte Lokalkolorit inhaltlicher wie vor allem personeller Natur. Trotz relevanter transversaler Themen wie beispielsweise die Struktur der für die Umsetzung des ab 2012 geltenden neuen Systems der *regalías*, eine Art Finanzausgleich zwischen nationalstaatlicher Ebene, den Departments und den Kommunen, waren die Parteien nicht in der Lage, diese aufzugreifen und transversale Antworten zu entwickeln.

ALLGEMEINE RAHMENBEDINGUNGEN DER WAHL

Die Vorbereitung von Wahlen stellt in Kolumbien immer eine besondere Herausforderung dar. Einige Parteien sind monatelang nur damit beschäftigt, über die so genannten *avales* zu entscheiden, die ausdrückliche Erlaubnis der Parteien zur Kandidatur. Dies obliegt dem jeweiligen Bundesvorstand der Partei und ist, von den üblichen Auseinandersetzungen um Einfluss und Positionen abgesehen, vor allem deshalb problematisch, weil es gilt, mittels dieser *avales* externe Einflüsse vor allem in Gestalt der „außergesetzlichen Gruppierungen“ nach Möglichkeit auszuschließen, zumindest aber zu minimieren. Gemeint sind die Guerrilla, die Paramilitärs, die Drogenmafias sowie alle sonstigen organisierten Kriminalitätsstrukturen. Diese Gruppierungen sind immer stärker dazu übergegangen, Kandidaten nicht lediglich vor oder nach der Wahl unter Druck zu setzen, sondern zu versuchen, von vornherein Kandidaturen zu bestimmen. Man spricht von dem Versuch der „Kooptation des Staates“.

Guerrilla, Paramilitärs, die Drogenmafia und sonstige organisierte Kriminalitätsstrukturen sind dazu übergegangen, zu versuchen, von vornherein Kandidaturen zu bestimmen.

Die Wahlkämpfe in einigen Regionen des Landes finden unter alles anderem als regulären Vorzeichen statt. Vor der Wahl waren 26 Kandidaten ermordet, auf vier ein Attentat verübt und fünf Kandidaten entführt worden. Die von staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Institutionen vor allen Wahlen erstellten *mapas de riesgo*, d.h. Kartierungen der Risikogebiete für freie Wahlen, haben vor diesem Hintergrund ihre traurige Berechtigung.⁵ Zu nennen sind des Weiteren traditionelle Probleme wie die Aufblähung von

5 | Misión de Observación Electoral (MOE), *Mapas y factores de riesgo electoral. Elecciones de autoridades locales Colombia 2011*, Bogotá, 2011.

Wahlregistern, Doppeleinschreibungen, oder die Praxis der *transhumancia*, die Einschreibung von Wählerkontingenten in strategisch ausgesuchte Städte oder Regionen, um für entsprechende Wahlergebnisse zu garantieren.

Insgesamt wurden 544 Kommunen als risikobehaftet eingestuft.⁶ Die Wahlbehörden sind bei allem Bemühen teilweise schlichtweg machtlos. Erreicht werden kann in solchen Fällen allenfalls eine gewisse Transparenz des nur teilweise Kontrollierbaren, was in diesen Gebieten aber schon als Erfolg zu werten ist. Es kam zwar zu einer Reihe von noch aufzuarbeitenden Beschwerden, insgesamt verliefen die Wahlen jedoch friedlich.

DER KAMPF UM DIE HAUPTSTADT BOGOTÁ

Mit besonderer Spannung war das Ergebnis in Bogotá erwartet worden. Die Hauptstadt stellt mit über acht Millionen Einwohnern und rund 4,9 Millionen Wahlberechtigten mit ihrem Bürgermeister nach dem Staatspräsidenten das zweitwichtigste politische Amt in Kolumbien. Acht Kandidaten bewarben sich um den Posten.

Die Problemmetropole Bogotá, nicht zuletzt gekennzeichnet durch viel Zuwanderung aus dem Landesinneren und damit durch eine Mischung von politischen, kulturellen und mentalen Faktoren, unterliegt bei Wahlen eigenen Gesetzen und ist deutlich weniger prognostizierbar

Aufgrund seiner landesweiten Bedeutung ist Bogotá eine Plattform für Kandidaten, die diese zugleich lokale und nationale Ebene für weitergehende politische Ambitionen instrumentalisieren wollen.

als andere Regionen. Lokalpolitische Partiestrukturen sind sehr unterschiedlich ausgeprägt bis kaum vorhanden, originär gewachsenes lokales *liderazgo*, also politisches Führungspersonal mit Potential, ist kaum existent. Aufgrund seiner landesweiten Bedeutung ist Bogotá vielmehr eine Plattform für Kandidaten, die diese zugleich lokale und nationale Ebene für weitergehender politische Ambitionen instrumentalisieren wollen. Dies traf 2011 für mehrere Kandidaten zu, allen voran für den Kandidaten der *progresistas*, Gustavo Petro, der 2010 für das Linksbündnis POLO Präsidentschaftskandidat war und diese Ambitionen nicht aufgegeben hat.

6 | Davon 351 auf mittlerem, 173 auf hohem und 20 auf extremem Niveau, so die von MOE vorgenommene Einstufung. Vgl. MOE, Fn. 5, 51.

Bogotá ist aber auch ein Beispiel dafür, wie dünn die Personaldecke auch der größeren Parteien ist. Die „de la U“ blieb bei ihrer Suche erfolglos, Parteipräsident Lozano lehnte eine Kandidatur ab. Nach einigem Zaudern sprang die „de la U“ schließlich auf den von Uribe frühzeitig in Bewegung gesetzten Zug, Enrique Peñalosa zu unterstützen, den Kandidaten der Grünen und ehemaligen Bürgermeister von Bogotá.

Nach einigem Zaudern sprang die „de la U“ auf den von Uribe in Bewegung gesetzten Zug, Enrique Peñalosa zu unterstützen, den Kandidaten der Grünen.

Die Konservative Partei, für die Bogotá eine angesichts des Wählerpotentials problematische Diaspora darstellt, nominierte als letzte der Parteien nach einer Serie öffentlicher Absagen durchaus prominenter Kandidaten einen Bewerber, der jedoch nach wenigen Wochen angesichts fehlender Mittel und einer nicht hinreichenden Rückenbedeckung des Nationalvorstandes und offiziellen Rückzugsforderungen seitens prominenter Politikern der PCC seine Kandidatur aufgab. Die PL nahm Zuflucht zu dem jungen und durchaus fähigen Kandidaten David Luna. Der Cambio Radical wiederum nominierte seinen Parteivorsitzenden Carlos Fernando Galán, den Sohn des 1998 ermordeten Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán.

Auch der POLO, der nach der Suspendierung und Verhaftung des Bürgermeisters und einer Interimsperiode durch eine von Staatspräsident Santos ernannte POLO-Politikerin bis Ende der laufenden Periode die Verantwortung in Bogotá wieder übernommen hatte, war monatelang auf der Kandidatensuche, bis er mit Aurelio De la Cruz einen weitgehend unbekanntem Aspiranten präsentieren konnte.

Der aussichtsreichste Kandidat war von Beginn an neben dem bereits erwähnten Peñalosa der geraume Zeit vorher aus dem POLO ausgetretene und für das von ihm gegründete Movimiento Progresistas antretende Gustavo Petro, dessen Kampagne einen unerwartet raschen Aufstieg in den Umfragen bewirkte. Als denkbarer Shooting-Star galt allenfalls Gina Parody, eine ehemalige Senatorin der „de la U“, die aus Protest gegen die erneute Wiederwahlabsicht Uribes ihr Mandat niedergelegt, die Partei verlassen und nun via Unterschriften eine Kandidaturmöglichkeit erreicht hatte. Unterstützung erhielt sie durch die wenige Wochen

vor der Wahl vereinbarte Wahlabsprache mit dem zweimaligen Bürgermeister von Bogotá und Präsidentschaftskandidaten der Grünen im Jahre 2010, Antanas Mockus. Dieser hatte seine Partei wegen der Koalition der Grünen mit Uribe und der „de la U“ im Streit verlassen und zunächst eine eigene Kandidatur betrieben. Als erkennbar war, dass er die Wahlkampfkonstellationen nicht beeinflussen konnte, unterstützte er Parodys Kandidatur.

Rund sechs Wochen vor der Wahl zeichnete sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Peñalosa und Petro ab. Der zunehmende Vorsprung von Petro führte im Lager der Koalitionsparteien der „Unidad Nacional“ jedoch nicht zu einer Einigung auf einen Kandidaten. Eine in verschiedenen Phasen des Wahlkampfes diskutierte Einigung der drei jungen Kandidaten (Parody, Galán, Luna) war ebenfalls nicht möglich, obwohl keiner der drei eine realistische Siegchance hatte. Für alle drei war jedoch der Kampf um Bogotá weniger auf Sieg als auf die Schaffung strategischer Grundlagen für weiterreichende politische Karriereabsichten angelegt, wofür ein Achtungserfolg ein wichtiger Meilenstein ist.

Tabelle 1

Wahlergebnis in Bogotá

Partei	Kandidat	Ergebnis in Prozent	Stadträte
Movimiento Progresistas	Gustavo Petro	32,16	8
PV / de la U	Enrique Peñalosa	24,93	8 (de la U) 5 PV
Gina Parody Alcaldesa	Gina Parody	16,74	0
CR	Carlos Fernando Galán	12,70	8
PL	David Luna	4,16	6
MIRA	Carlos Eduardo Guevara	2,65	2
POLO	Aurelio De la Cruz	1,44	4
PIN	Gustavo Páez	1,29	1
AICO	Jaime Castro	0,46	0
PCC	keine Kandidatur	—	37

7 | Bürgermeister und Stadträte werden getrennt gewählt, so dass die PCC im Stadtrat vertreten ist.

Der Sieg von Petro konnte im Endergebnis nicht überraschen. Zwar hatte er wie Peñalosa in allen Umfragen eine begrenzte Zustimmung. Petro hatte jedoch den Vorteil der erstmaligen Kandidatur für diese Position und profitierte zudem von seiner Attacke auf seine eigene frühere Partei, den POLO, wegen der Korruptionsaffären in der vom Polo-Bürgermeister Samuel Moreno bis etwa Mitte 2011 geführten Stadt. Petro ist es als Präsidentschaftskandidat des POLO im Jahre 2010 vor diesem Hintergrund gelungen, einen beträchtlichen Teil der 2007 fast 44 Prozent betragenden Wählerschaft für sich zu gewinnen. Vor allem aber ist sein Sieg Ergebnis des „Peru-Effekts“, d.h. einer kandidatenmäßigen Zersplitterung eines weit gefassten politischen Zentrums, von denen zwei Parteien, PL und CR, der „Unidad Nacional“ angehörten, zumal auch Parody inhaltlich, wenn auch nicht parteiorganisatorisch diesem Spektrum zuzuordnen ist.

Petro hatte den Vorteil der erstmaligen Kandidatur und profitierte zudem von seiner Attacke auf seine eigene frühere Partei, den POLO.

DIE GOUVERNEURS-, PARLAMENTS-, BÜRGERMEISTER- UND STADTRATSWAHLEN IM ÜBERBLICK

Bei diesen Wahlen reichte jeweils die einfache Mehrheit aus, ein zweiter Wahlgang wie bei den Präsidentschaftswahlen ist nicht erforderlich. Eine Vorbemerkung zu den nachfolgenden Tabellen. Die darin enthaltenen Zahlen beruhen überwiegend auf den Angaben der *Registraduría*⁸, die allerdings noch nicht auf der vollständigen Auszählung basieren und nicht das amtliche Endergebnis darstellen. Für dessen Veröffentlichung ist wiederum der CNE, der Nationale Wahlgerichtshof, zuständig. Es stehen noch die Zuordnung von Stadtratsmitgliedern in mehreren Department-Hauptstädten sowie die langwierige Auszählung der Gemeinderatsmitglieder und Ortsbürgermeister aus. Hinzu kommen zahlreiche Wahlanfechtungen und Nachzählungsverlangen sowie zum jetzigen Zeitpunkt eine Bürgermeisterwahl, die die Vorlage des offiziellen Ergebnisses verzögern. Dennoch sind auch zum jetzigen Zeitpunkt⁹ aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse grundlegende Trends auszumachen.

8 | <http://w3.registraduria.gov.co/divulgacion/estadisticas> [30.11.2011]. Zusammenstellung und Vergleich mit 2007, sofern aufgrund der offiziellen Daten möglich, durch den Verfasser.

9 | Der Beitrag wurde am 16. November 2011 fertiggestellt.

Tabelle 2

**Amts- und Mandatsgewinne der Parteien für
Gouverneure und Abgeordnete 2011 und 2007
(in Klammern)¹⁰**

Partei	Gouverneurswahlen		Parlamentswahlen	
	Stimmen	Anzahl	Stimmen	Anzahl
de la U	2.050.610 (1.362.995)	4 (7)	2.311.484	77 (58)
PCC	1.154.245 (1.248.556)	1 (5)	2.059.706 (1.675.846)	67 (74)
PL	2.054.444 (2.674.495)	6 (6)	2.191.840 (1.974.425)	80 (102)
CR	310.396 (595.051)	1 (3)	1.403.816 (1.015.828)	51 (50)
POLO	169.090 (685.828)	0 (1)	482.822 (592.425)	8 (23)
PV	1.176.525 (372.032)	2 (2)	821.919 (117.917)	24 (10)
PIN	104.293	—	478.121	13
MIRA	41.293 (37.957)	1 (0)	357.218 (74.728)	6 (3)
Andere	38.060 (207,740)	6 (4)	379.250 (142.614)	16 (13)
Movimientos	4.092.813 (3.478.929)	7 (4)	396.943 (1.591.096)	19 (85)
Koalitions- kandidaturen	n/a	4		

Zu berücksichtigen ist, dass je nach Wahlebene eine unterschiedliche Anzahl von Wahlberechtigten gibt. So durften 30,6 Millionen Kolumbianer Bürgermeister und Stadträte wählen, während für die Wahlen der Gouverneure und die Parlamente in den Departments nur 25,8 Millionen wahlberechtigt waren.¹¹ Die Stadtteilbürgermeister wiederum konnten nur von 14,7 Millionen Wahlberechtigten gewählt werden.

10 | Ein Parteienvergleich mit 2007 ist nur begrenzt hilfreich, da zu dieser Zeit eine Reihe von politischen Parteien gerade mit regionalem Gewicht, aber einer jeweiligen politischen Affinität zu den großen politischen Strömungen bestanden, die sich im Kontext der „Politischen Reform“ der nachfolgenden Jahre auflösten und in andere Parteien oder Neugründungen übergingen. Eine gute Orientierung bietet MOE unter http://moe.org.co/home/doc/moe_mre/2011/elecciones_2011.pdf [30.11.2011].

11 | Dies ist auf die Sonderstellung Bogotás zurückzuführen, wo fast fünf Millionen Wahlberechtigte Bürgermeister und Stadträte wählten. Bogotá hat nicht den Status eines Departments mit Gouverneur und Parlament.

Die Wahlbeteiligung bei den Bürgermeisterwahlen lag landesweit bei etwa 57 Prozent, bei den Gouverneurswahlen bei 58,5 Prozent, den Parlamentswahlen bei 57,5 Prozent und der Wahl der Stadtteilbürgermeister bei knapp über 52 Prozent. Davon sind aber jeweils Enthaltungen, ungültige oder nicht markierte Stimmzettel zu berücksichtigen, so dass sich die gültigen Stimmen bei unter oder knapp um die 50 Prozent bewegen dürften, ein für kolumbianische Wahlen übliches Ergebnis.

Tabelle 3

**Amts- und Mandatsgewinne der Parteien
für Bürgermeister und Gemeinderäte 2011 und 2007
(in Klammern)**

Partei	Bürgermeisterwahlen		Gemeinderatswahlen	
	Stimmen	Anzahl	Stimmen	Anzahl
de la U	2.590.958 (1.300.644)	219 (119) 260 ¹²	2.551.342 (1.571.746)	1.599 (1.339)
PCC	1.707.714 (1.451.269)	193 (242) — ¹³	2.166.586 (1.663.977)	1.429 (2.129)
PL	2.648.995 (2.213.995)	181 (206) 182	2.357.623 (2.074.420)	1.567 (2.236)
CR	41.293 (37.957)	1 (0)	357.218 (74.728)	167 (393)
POLO	282.294 (1.368.618)	8 (21)	594.920 (805.198)	16 (13)
PV	707.937 (223.252)	51 (22)	1.131.804 (311.411)	520 (311)
PIN	425.378	36 (—) 34	845.804	406
MIRA	226.862 (33,888)	1 (1)	322.936 (147.913)	25 (38)
Andere	21.565 (958.697)	65 (43) 108	1.376.877 (414.493)	678 (499)
Movimientos	4.643.298 (5.204.392)	155 (329) 70	1.435.936 (3.166.465)	539 (3.775)

12 | Soweit MOE aufgrund der Vorerhebungen zu anderen Ergebnissen kommt, wurden diese zusätzlich fett angegeben.

13 | In einer von MOE erstellten Übersicht werden der „de la U“ 260 Bürgermeister zugeordnet. Vgl. Fn. 11.

Tabelle 4

Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen in den Department-Hauptstädten 2011 und 2007 (in Klammern)

Partei	Bürgermeister in den Department-Hauptstädten
de la U	5 (3)
PCC	3 (5)
PL	7 (7)
CR	6 (4)
POLO	0 (1)
PV	3 (1)
PIN	1
MIRA	0
Andere	2 (5)
Movimientos	3 (6)
Koalitionskandidaten	2

KONSEQUENZEN DER WAHLEN

In der Pressebeurteilung waren Sieger und Verlierer schnell und auf teilweise fragwürdige Weise ausgemacht. Ein Blick auf die Wahlergebnisse der verschiedenen Ebenen und vor allem die Frage, in Bezug zu welchem Wahlergebnis von Gewinn und Verlust oder gar vom Ende der Parteien gesprochen werden kann, macht deutlich, dass es einer differenzierteren Analyse bedarf. Angesichts der sehr unterschiedlichen Ergebnisse der verschiedenen Wahlen kann sich keine der Parteien uneingeschränkt als Sieger fühlen. Folgende erste Schlussfolgerungen lassen sich auf der Grundlage der bisher vorliegenden Ergebnisse ziehen.

1. Die unmittelbar am Wahlabend in der „de la U“ begonnenen Diskussionen stehen in keinem Verhältnis zum Erfolg dieser Partei. War von einigen prognostiziert worden, dass die „de la U“ unter einer „liberalen Welle“ begraben werde, so sprechen die Ergebnisse eine andere Sprache. Die „de la U“ ist die Partei mit den höchsten absoluten Stimmenzuwächsen. Sie stellt mit Abstand die meisten Bürgermeister und Stadträte, musste allerdings, auch wenn sie an Stimmen zulegte, bei den Gouverneursposten Verluste hinnehmen.

Die Präsidentenpartei „de la U“ befindet sich seit dem Amtsantritt von Santos in einer mehrfach öffentlich sichtbar gewordenen Schiefelage zwischen der notwendigen Unterstützung von Santos und der Uribe geschuldeten Loyalität als ehemaligem Staatspräsidenten und Parteigründer. Die Diskussionen in der „de la U“ speisen sich daher aus zwei Motivationsquellen. Zum einen geht es kurzfristig um die Führung der Partei. Hier prallen die wohl mehrheitlich „santistisch“ orientierten Kongressmitglieder auf die Vertreter des *uribismo*. Der strategische Hintergrund dieser Auseinandersetzung wiederum ist jedoch die Frage, wie sich die „de la U“ im Prozess der voranschreitenden Wiedervereinigung der liberalen Kräfte verhalten wird.

Der Ausgang dieses Kräftemessens in der „de la U“ wird mit Spannung erwartet, da daraus zum einen die liberale Wiedervereinigung Auftrieb bekommen, durchaus aber auch eine neue Organisation im konservativen Spektrum hervorgehen oder ein Zusammengehen des konservativen Teils mit der PCC resultieren könnte.

2. Die PL wurde vielfach als der Sieger, als die wieder-auferstandene politische Kraft bezeichnet. Dies mag auf den ersten Blick zutreffen, wenn man die jetzigen Wahlergebnisse mit dem desaströsen Präsidentschaftswahlergebnis des liberalen Spitzenkandidaten Pardo vom Mai 2010 vergleicht, bei dem die PL weit abgeschlagen mit 4,38 Prozent auf dem sechsten Platz gelandet war. Vergleicht man die aktuellen Ergebnisse mit denen von 2007, so ergibt sich jedoch ein differenzierteres und realistischeres Bild. So konnte die PL ihren Stand bei den Department-Hauptstädten halten und ihre Stimmen bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen steigern, musste jedoch ansonsten Mandatsverluste hinnehmen. Ausnahme sind die Gouverneurswahlen, bei denen sie trotz eines erheblichen Stimmenverlustes sechs Departments gewinnen konnte.
3. Die Ergebnisse des CR sind ebenfalls differenziert zu betrachten. Überwiegend Stimmengewinne, aber auch Verluste bei Gouverneurspositionen halten sich die

Die PL konnte ihren Stand bei den Department-Hauptstädten halten und ihre Stimmen bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen steigern, musste jedoch ansonsten Mandatsverluste hinnehmen.

Waage. Insgesamt konnte er sich jedoch als politische Kraft in der Breite des Landes und mit spektakulären Erfolgen wie in Barranquilla konsolidieren. Dies verschafft ihm im Wiedervereinigungsprozess der liberalen Parteien eine eigenständige Position und stärkt auch die langfristigen Präsidentschaftsabsichten seines Gründers Vargas Lleras.

4. Das Abschneiden der beiden liberalen Parteien PL und CR, die offenen Favoriten von Santos in der „Unidad Nacional“, hat das Projekt einer Wiedervereinigung des kolumbianischen Liberalismus einen Schritt vorangebracht. So ist angekündigt, dass nach dem bereits im vergangenen Jahr erfolgten Zusammenschluss der Parlamentsfraktionen von PL und CR nach der Berufung des liberalen Parteipräsidenten Pardo zum neuen Arbeitsminister die neue kollektive Parteiführung der PL unter Einschluss eines Vertreters des CR gebildet werden soll. Es ist zu erwarten, dass mit Blick auf die Kongress- und Präsidentschaftswahlen des Jahres 2014 dieser Prozess in den nächsten Monaten forciert und vor allem der Druck auf die „de la U“ verstärkt werden wird. Inwieweit die vor einigen Monaten vom liberalen Parteipräsidenten Pardo nach allgemeiner Auffassung verfrüht in die öffentliche Debatte eingebrachte Frage einer Wiederwahl von Staatspräsident Santos dabei intern als Kohäsionsfaktor eingesetzt werden wird, bleibt abzuwarten. Eine solche liberale Wiedervereinigung würde jedenfalls das kolumbianische Parteienspektrum deutlich verändern, wenngleich sie kaum in die historische Zwei-Parteien-Systematik zurückführen würde.

Eine liberale Wiedervereinigung würde das kolumbianische Parteienspektrum deutlich verändern, wenngleich sie kaum in die Zwei-Parteien-Systematik zurückführen würde.

5. Deutlich weniger zufrieden mit dem Ergebnis kann die Konservative Partei sein, obwohl sie bis auf die Gouverneurswahlen bei allen anderen Wahlen teilweise deutlich Stimmen hinzugewonnen hat. Sie ist jedoch nicht mehr die führende kommunalpolitische Kraft, sondern landete bei den Gouverneurswahlen auf dem vierten Platz, bei den Parlamentswahlen auf dem dritten Platz, bei den Bürgermeisterwahlen auf dem fünften und bei den Gemeinderatswahlen wiederum

auf dem dritten Platz. Sie verlor zwei wichtige Department-Hauptstädte, Tunja und Cali, und vier von fünf Gouverneuren. Dies ist zum Teil auf Spaltungen der Partei in wichtigen Regionen zurückzuführen, z.B. Norte de Santander, Antioquia und Boyaca. Ihre teilweise erfolgreiche Beteiligung an Koalitionen vermag da niemanden so recht zu beruhigen.

Der Partei fehlt ein erkennbarer programmatischer Einfluss in der „Unidad Nacional“ sowie eine national überzeugende Führungsstruktur und -figur. Die PCC dürfte innerparteilich wie mit Blick auf ihre Position in der „Unidad Nacional“ vor schwierigen Zeiten stehen. Selbst die konservative Tageszeitung *El Nuevo Siglo* geht mit der Partei hart ins Gericht, spricht gar davon, dass ihre „Zukunft in Frage steht“. Auch der ehemalige konservative Staatspräsident Andrés Pastrana hat sich wieder in der Öffentlichkeit gemeldet, wie in den letzten Jahren vielfach der Fall, um seine eigene Partei zu kritisieren. Er nannte sie u.a. eine „Provinzvereinigung“, die aufgrund ihrer Korruption ein „historisches Desaster“ zu verantworten habe. Auf welches Echo diese Kritik in der Breite der Partei stößt und zu welchen Konsequenzen dies führen wird, bleibt abzuwarten.

Die konservative Tageszeitung *El Nuevo Siglo* geht mit der Konservativen Partei hart ins Gericht, spricht gar davon, dass ihre „Zukunft in Frage steht“.

6. Der Eintritt der Partido Verde in die Regierung war ein medialer Überraschungscoup von Santos, der für das Binnenverhältnis der Koalition keine unmittelbaren Auswirkungen und auch soweit erkennbar die Ausgangslage der Grünen bei den Wahlen nicht verändert hatte. Deutliche Stimmengewinne bei allen Wahlen und vor allem der Gewinn der konservativen Hochburg Antioquía, der vor allem einer Kandidatenabsprache zwischen PL und PV für die Kandidaturen für Gouverneur von Antioquía und Bürgermeister von Medellín zu verdanken war, zeigen, dass die Auseinandersetzungen um Bogotá landesweit keine Auswirkungen hatten. Allerdings ist die Koalition mit der „de la U“ und darüber hinaus die personalisierte Unterstützung durch Uribe mit dem anschließenden Parteiaustritt von Antanas Mockus sicher ein Thema, das die PV beschäftigen wird. Der aktuelle Parteipräsident Luis Garzón

hat angekündigt, dass die PV über ihren Verbleib in der „Unidad Nacional“ entscheiden werde.

In Bogotá ist das Linksbündnis POLO auf das Niveau einer Splitterpartei geschrumpft. Der künftige Bürgermeister Petro bemüht sich, Führungspersönlichkeiten des POLO in seine neue Bewegung zu ziehen.

7. Das Ergebnis für das Linksbündnis POLO ist ein nicht unerwartetes Debakel, welches das Überleben dieses Bündnisses in Frage stellt. In Bogotá ist der POLO nach acht Jahren politischer Verantwortung auf das Niveau einer Splitterpartei geschrumpft. Andere Positionen wie die Gouverneursposition in Narino gingen verloren. Gleichzeitig bemüht sich der künftige Bogotaner Bürgermeister Petro nicht ohne Erfolg, bestimmte Führungspersönlichkeiten des POLO in seine neue Bewegung zu ziehen. Die innerparteiliche Diskussion und Entwicklung des heterogenen Linksbündnisses wird zeigen, ob es neben einem wiedererstarkten politischen Liberalismus¹⁴ und Petros auf nationaler Ebene expandierendem Movimiento Progresista hinreichend Wählerpotential für einen renovierten POLO gibt.
8. Festzuhalten ist, dass nach wie vor ehemalige Politiker und aktuelle Häftlinge (*narcopolítica*) aus dem Gefängnis heraus die Fäden ziehen können. Dies gelang ihnen beispielsweise über Parteien wie PIN, AFROVIDES oder MIO, die recht beachtliche kommunale wie departamentale Erfolge erzielen konnten (zwei Gouverneursposten). Auf der anderen Seite konnten sich beispielsweise in Santa Marta oder Magangué unbelastete Kandidaten gegen Kandidaten der *parapolítica* durchsetzen.
9. Zu den Verlierern der Wahl, auch wenn einige der von ihm unterstützten Kandidaten sich durchsetzen konnten, zählt der Santos-Vorgänger Uribe. Er hat sich nicht auf das politische Altenteil zurückgezogen, sondern mischte sich mitunter täglich in die politische Debatte ein. Dabei bemüht er sich, einen politischen Führungs- oder Mitgestaltungsanspruch zur Sicherstellung der von ihm gestalteten Politik zu formulieren. Allerdings ist ihm dies allein in der „de la U“ nicht möglich oder ausreichend.

14 | Zu beachten ist, dass die PL Mitglied der Sozialistischen Internationale ist.

Uribes Interventionen standen immer stärker auch im Gegensatz zu der Santos-Regierung, da er sein politisches Erbe in Gefahr sieht. Er hat versucht, durch gezielte Unterstützung von Kandidaten seinen Einfluss deutlich zu machen. Seit Februar 2011 führte er mit ehemaligen Mitstreitern, aber auch aktuellen Politikern der „de la U“ so genannte *talleres democráticos* (demokratische Workshops) auf eigene Rechnung durch, um auf diese Weise Themen, Kandidaten und Koalitionen zu bilden und seinen Einfluss vor allem in den Regionen zu stärken. Dies ist ihm nur sehr begrenzt gelungen. Vor allem in traditionellen konservativen Hochburgen wie seiner Heimatregion Antioquia, in der die Hauptstadt Medellín wie die Gouverneursfunktion verlorenging, aber auch in Bucaramanga oder Bogotá konnten sich die von ihm unterstützten Kandidaten nicht durchsetzen. Das ist ein Signal, das seinem Nachfolger Santos sicherlich nicht ungelegen kommt, macht es doch den Einflussverlust von Uribe deutlich. Das Ende der Auseinandersetzung zwischen Uribe und Santos dürfte damit aber noch lange nicht gekommen sein.

Uribe führte mit ehemaligen Mitstreitern und aktuellen Politikern der „de la U“ Workshops auf eigene Rechnung durch, um Themen, Kandidaten und Koalitionen zu bilden.

10. Als auffallend wurde das Abschneiden der *movimientos* bewertet, d.h. der Gruppierungen, die nicht dem (traditionellen) Parteienspektrum angehören, sondern deren Spitzenkandidaten sich die Einschreibung zur Wahl durch die Sammlung von Unterschriften ermöglichen haben. Diese Kandidaturen gelten gemeinhin als „unabhängig“, was in der öffentlichen Perzeption gleichsam als Wert an sich gilt.

Eine solche Generalisierung ist jedoch zum einen mit einem Fragezeichen zu versehen, da eine Vielzahl dieser *movimientos*, allen voran die *progresistas* in Bogotá, von einem traditionellen Parteipolitiker angeführt werden. Zum anderen ist auch das Etikett „unabhängige Kandidatur“ vielfach ein Euphemismus für Kandidaten, die sich nach der Verweigerung eines *avales* durch ihre Partei eine Unterschriftenplattform suchen oder im Laufe ihrer politischen Karriere ihren Personalismus ausleben und von einer politischen

Gruppierung zur anderen ziehen. Die politische Kultur Kolumbiens befördert ein solches Verhalten.

An der Position dieser *movimientos* kann sich angesichts der noch ausstehenden Vergabe von Bürgermeister- und Gemeinderatsposten vor allem in kleineren Kommunen quantitativ noch einiges ändern. Aus den vorliegenden Wahlergebnissen ist dennoch nicht die Götterdämmerung für das Parteiensystem abzuleiten, auch wenn die *movimientos* bei den Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen stärkste „Partei“ wurden. Allerdings ist zu beachten, dass sie interessanterweise lediglich bei den Gouverneurswahlen Stimmen hinzugewannen, während sie auf allen anderen Ebenen teilweise deutliche Verluste hinnehmen mussten.

Abzuwarten bleibt, mit welcher Bündnisbreite und welchen programmatischen Vorschlägen das Movimiento Progresista auftreten wird.

11. Petro hat noch am Wahlabend angekündigt, dass ausgehend von diesen Kommunalwahlen das Movimiento Progresista seine nationale Ausdehnung in Angriff nehmen werde. Dass damit die organisatorische Basis für eine Präsidentschaftskandidatur Petros vorbereitet werden soll, sei es 2014 oder 2018, ist klar. Abzuwarten bleibt, mit welcher Bündnisbreite und damit welchen programmatischen Vorschlägen und Mischungen diese Bewegung auftreten wird und in welchem Umfang sie eine Plattform verschiedener Strömungen des linken Spektrums werden kann – und damit für Petro „zur letzten Chance der Linken“.¹⁵
12. Mit Blick auf Bogotá ist für die Parteien eine sehr differenzierte Bilanz zu ziehen. Für die „de la U“ und Uribe, aber auch für die Partido Verde ist dies das Bild einer bitteren Niederlage. Die PL konnte mit dem Ergebnis von Luna gerade die Grenze zur Wahlkampfkostenerstattung überspringen, während der vierte Platz des CR-Kandidaten einen Achtungserfolg darstellt.¹⁶ Der POLO ist nahezu verschwunden und die

15 | César Rodríguez Garavito, „Petro, o el último chance de la izquierda“, *CaracolTV.com*, <http://caracolTV.com/elecciones-2011/columna-petro-o-el-ultimo-chance-de-la-izquierda> [23.12.2011].

16 | Staatspräsident Santos hat inzwischen Luna zum Vize-Minister des vom liberalen Parteipräsidenten geführten Arbeitsministeriums und Galán zum Leiter der Antikorruptionsinstanz ernannt.

Konservative Partei steht in der Hauptstadt erneut auf verlorenem Terrain. Beachtlich ist, dass zwei für diese Wahl gegründete Plattformen, die *progresistas* und die Parody-Kandidatur, innerhalb weniger Monate in der Lage waren, rund 49 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen. Dies zeigt neben den bereits skizzierten Problemen der Parteien auch die Volatilität der Wählerschaft im Verbund mit dem hohen Einfluss des Personalismus in der politischen (Wahl-)kultur des Landes. Der neue Bürgermeister Petro wird vor zwei Schwierigkeiten stehen: Im Stadtrat eine regierungsfähige Koalition zustande zu bringen und die gerade von seiner Wahlkampagne geweckten, äußerst hohen und finanzintensiven Erwartungen in den nächsten vier Jahren zu erfüllen.

13. Die Parteienkonstellation der „Unidad Nacional“ spiegelte sich nicht in flächendeckend identischen Kandidaturen in den Regionen und Kommunen wider. Vielmehr kam es neben selbständigen Parteikandidaturen zu einer Vielfalt von Koalitionskonstellationen. Das Wahlergebnis kann daher nicht per se als Ergebnis der „Unidad Nacional“ interpretiert werden. Dennoch kann Staatspräsident Santos bis auf eine Ausnahme mit diesem Ergebnis mehr als zufrieden sein. Der liberale Flügel der Koalition wurde gestärkt, die Macht der „de la U“ ausgebaut und landesweit konsolidiert, und ein von Santos weniger geliebter Koalitionspartner, die Konservative Partei, wurde durch das Wahlergebnis geschwächt.

Der liberale Flügel der Koalition wurde gestärkt, die Macht der „de la U“ ausgebaut und landesweit konsolidiert, und die Konservativen wurden geschwächt.

Die erwähnte Ausnahme bezieht sich auf die Wahl Petros zum Bürgermeister von Bogotá. Damit hat ein Vertreter der wenigen, nicht der „Unidad Nacional“ angehörenden Kräfte die zweitwichtigste politische Funktion in Kolumbien inne. Aber Santos wie Petro wissen, dass eine Konfrontation aus rein wahlpolitischen Gründen ihre Ziele beeinträchtigen kann. Santos hat daher die Wahl Petros als ein Beispiel für die Integration ehemaliger Guerilleros (Petro gehörte der Guerilla-Organisation M-19 an) gerühmt. Petro wiederum weiß, dass er in Bogotá reüssieren muss, wenn er Staatspräsident werden will; dies geht auf Dauer

nicht gegen die nationale Regierung. Insofern steht zu erwarten, dass zwei ausgesprochene Pragmatiker ein vernünftiges Verhältnis zueinander finden werden.

14. Unmittelbare und kurzfristige Auswirkungen auf das Funktionieren der „Unidad Nacional“ wird das Wahlergebnis nicht haben. Allerdings wird zu beobachten sein, wie sich bereits in den ersten 15 Monaten der Regierung erkennbare, wenngleich das Gefüge der Koalition nicht grundlegend beeinträchtigende Missstimmigkeiten künftig entwickeln. Viel wird davon abhängen, wie stark und zu welchem Zeitpunkt die Liberalen, unter Umständen mit versteckter Schützenhilfe von Santos, die parteiorganisatorische Wiedervereinigung der liberalen Parteien in Angriff nehmen und ob und wann sich Santos zur Frage seiner Wiederwahlabsichten äußert. In diesem Kontext wird abzuwarten sein, wie sich die „de la U“ verhält und ob Santos letztlich darauf abzielt, in Falle einer Wiederwahlabsicht auf die Konservative Partei und den uribistischen Teil der „de la U“ zu verzichten und allein auf ein wiedervereinigtes liberales Lager zu setzen.
15. Staatspräsident Santos kann gestärkt in die weitere Regierungsphase gehen. Eine breite Mehrheit im Kongress ist ihm auf absehbare Zeit sicher. Dass dies allein nicht zum Erfolg ausreicht, haben das Scheitern der geplanten Erziehungsreform aufgrund landesweiter massiver Studentenproteste und die Schwierigkeiten der Justizreform im Kongress deutlich gemacht. Für den nachhaltigen Erfolg seiner Regierung wird es wesentlich darauf ankommen, dass die im ersten Regierungsjahr verabschiedeten Reformen in die Praxis umgesetzt werden.

Tabelle 5

Ergebnisse der Gouverneurswahlen 2011

Department	Partei	Kandidat	Stimmenanzahl
Amazonas	Partido Verde	Carlos Arturo Rodriguez Celis	7.757 (33,75 %)
Antioquia	Partido Verde	Sergio Fajardo Valderrama	922.403 (49,44 %)
Arauca	Partido Social de Unidad Nacional	Jose Facundo Castillo Cisneros	34.988 (44,41 %)
Atlántico	Partido Liberal Colombiano	Jose Antonio Segebre Berardinelli	337.473 (46,45 %)
Bogotá DC	—	—	—
Bolivar	Partido Liberal Colombiano	Juan Carlos Gossain Rognini	272.302 (43,42 %)
Boyacá	Coalición Gobernación de Boyacá	Juan Carlos Granados Becerra	279.528 (51,78 %)
Caldas	Alianza gobierno de todos y para todos	Guido Echeverri Piedrahita	150.355 (42,80 %)
Caquetá	Movimiento „MIRA“	Victor Isidro Ramirez Loaiza	54.945 (45,77 %)
Casanare	Movimiento Político Aforvides	Nelson Ricardo Mario Velandi	54.531 (35,63 %)
Cauca	Partido Alianza Social Independiente	Temistocles Ortega Narvaez	192.911 (45,78 %)
Cesar	Partido Social de Unidad Nacional	Luis Alberto Monsalvo Gneco	172.064 (49,21 %)
Chocó	Cambio Radical – Conservador, ASI y Verde	Luis Gilberto Murillo Urrutia	50.206 (41,62 %)
Córdoba	Partido Social de Unidad Nacional	Alejandro Jose Lyons Muskus	339.499 (52,67 %)
Cundinamarca	Coalición Cundinamarca	Alvaro Cruz Vargas	609.241 (67,76 %)
Guainía	Partido Liberal Colombiano	Oscar Aarmando Rodrigues Sanchez	4.483 (39,21 %)
Guaviare	Partido Alianza Social Independiente	Jose Octaviano Rivera Moncada	9.729 (34,98 %)
Huila	Partido Social de Unidad Nacional	Cielo Gonzalez Villa	147.325 (34,99 %)
La Guajira	Partido Cambio Radical	Juan Francisco Gomez Cerchar	125.067 (52,31 %)
Magdalena	Respeto Por El Magdalena	Luis Miguel Cotes Habeych	170.824 (41,97 %)
Meta	Vamos pa'lante	Alan Jara	149.538 (41,89 %)
Narino	Unidad Regional por un Narino Mejoro	Segundo Raul Delgado Guerrero	270.850 (48,62 %)
Norte de Santander	Un norte pa'lante	Edgar Jesus Diaz Contreras	291.389 (59,76 %)

Department	Partei	Kandidat	Stimmenanzahl
Putomayo	Partido Conservador Colombiano	Jimmy Harold Diaz Burbano	53.797 (53,29 %)
Quindío	Quindío firme	Sandra Paola Hurtado Palacio	86.071 (40,22 %)
Risaralda	Unidad Nacional Incluyente con Resultados – UNIR	Carlos Alberto Botero Lopez	127.168 (38,45 %)
San Andrés	Partido Liberal Colombiano	Aury Socorro Guerrero Bowie	14.269 (61,01 %)
Santander	Santander en Serio	Richard Alfonso Aguilar Villa	481.362 (56,15 %)
Sucre	Partido Liberal Colombiano	Julio Cesar Guerra Tulena	204.683 (65,49 %)
Tolima	Partido Liberal Colombiano	Luis Carlos Delgado Peon	243.712 (49,22 %)
Valle	Movimiento de Inclusión y Oportunidades	Hector Fabio Usechede la Cruz	446.810 (33,02 %)
Vaupés	Movimiento Autoridades Indígenas de Colombia	Roberto Jaramilla Garcia	6.206 (61,26 %)
Vichada	Partido Alianza Social Independiente	Sergio Andres Espinosa Florez	9.049 (44,46 %)